

Kulturgutschutz als Resilienzpolitik

Kulturelles Erbe, gesellschaftliche Relevanz und zivile Verteidigung in Zeiten multipler Krisen



Prof. Dr. Markus Hilgert ist Präsident der Universität der Künste Berlin sowie Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft

Foto: Michel Buchmann

Wer einen Blick in die Geschichte bewaffneter Konflikte wirft, ist mit einem Sachverhalt vertraut, der durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eine erschreckende Aktualität erlangt hat: Bewaffnete Konflikte reichen stets weit über militärische Operationen im engeren Sinne hinaus. Angegriffen werden nicht allein Territorien, Infrastrukturen oder staatliche Institutionen, sondern zunehmend auch die symbolischen Grundlagen gesellschaftlicher Ordnung: Erinnerung, Identität, kulturelle Selbstverständigung und öffentliches Vertrauen. Hybride Bedrohungen richten sich gegen die materielle ebenso wie gegen die mentale und kulturelle Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften.

Vor diesem Hintergrund erlebt die militärische und zivile Verteidigung in Deutschland eine grundlegende Neubewertung. Mit dem »Operationsplan Deutschland«, dem im Mai 2026 vorgestellten »Pakt für den Bevölkerungsschutz« sowie zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz reagiert der Staat auf eine Sicherheitslage, die durch Krisenüberlagerungen, geopolitische Instabilität, Desinformation, Cyberangriffe und wachsende gesellschaftliche Polarisierung geprägt ist. Auffällig ist dabei jedoch, dass Kultur-

gutschutz und kulturelles Erbe in diesen Debatten bislang nur eine randständige Rolle spielen, obwohl gerade kulturelle Infrastrukturen und gesellschaftlich relevante Kulturgüter für die Stabilität demokratischer Gesellschaften von erheblicher Bedeutung sind (dazu Hilgert 2023; ders. 2026).

Kulturgutschutz und Selbstvergewisserung

Dies verweist auf eine grundlegende Leerstelle gegenwärtiger Sicherheits- und Resilienzdebatten. Denn Kulturgutschutz ist weit mehr als konservatorische Bestandspflege oder die Bewahrung historischer Objekte. Kulturgutschutz betrifft die Fähigkeit von Gesellschaften, sich ihrer selbst zu vergewissern, Krisen symbolisch zu verarbeiten und kollektive Orientierung aufrechtzuerhalten. Der Schutz kulturellen Erbes dient deshalb nicht allein der Vergangenheit, sondern auch der Zukunftsfähigkeit demokratischer Gemeinwesen.

Eine »Kulturpolitik der Resilienz« (Hilgert 2026) muss genau an diesem Punkt ansetzen. Sie geht von der Annahme einer zweifachen Vulnerabilität aus: einerseits der strukturellen Verletzlichkeit kultureller Ökosysteme selbst, andererseits der gegenwärtig wachsenden Vulnerabilität

demokratischer Gesellschaften insgesamt. Kulturelle Institutionen, Archive, Museen, Bibliotheken oder Denkmalbestände sind nicht nur durch physische Zerstörung, finanzielle Unsicherheit oder klimatische Risiken bedroht. Sie geraten zugleich unter Druck durch gesellschaftliche Fragmentierung, Vertrauensverlust, politische Polarisierung und hybride Formen symbolischer Destabilisierung.

Gerade deshalb muss Kulturgutschutz neu gedacht werden: nicht ausschließlich als Spezialaufgabe des Kulturerbesektors, sondern als Bestandteil gesellschaftlicher Resilienz und damit auch als Teil ziviler Verteidigung demokratischer Gesellschaften.

Historisch betrachtet ist dieser Zusammenhang keineswegs neu. Nach Kriegen, Revolutionen oder gesellschaftlichen Umbrüchen spielten kulturelle Orte und kulturelle Praktiken regelmäßig eine zentrale Rolle bei der Stabilisierung gesellschaftlicher Ordnung. Theater, Museen, Bibliotheken oder Archive erzeugten Kontinuitätserfahrungen, ermöglichten öffentliche Verständigung und schufen Räume symbolischer Orientierung. Kultur war nie bloßer »Überbau«, sondern immer auch »Infrastruktur gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit« (Hilgert 2026).

Daraus ergibt sich allerdings eine kulturpolitisch folgenreiche Frage: Welche Kulturgüter schützen wir eigentlich — und warum? Denn offensichtlich besitzen nicht alle Kulturgüter dieselbe gesellschaftliche Relevanz. Die Ressourcen des Kulturgutschutzes bleiben begrenzt, während gleichzeitig Risiken und Bedrohungslagen zunehmen. Die notwendige Folge daraus ist eine stärkere Priorisierung. Eine Kulturpolitik der Resilienz muss daher Kriterien entwickeln, nach denen kulturelles Erbe nicht allein aufgrund seines Alters, seiner Seltenheit oder seines materiellen Wertes geschützt wird, sondern auch aufgrund seiner gesellschaftlichen Bedeutung.

Kulturelles Erbe ist dann besonders resilient, wenn es gesellschaftlich anschlussfähig bleibt: wenn Menschen sich in ihm wiederfinden, wenn es Bildungsprozesse ermöglicht, kollektive Erinnerung strukturiert, demokratische Selbstverständigung fördert oder gesellschaftliche Zugehörigkeit stiftet. Die langfristige Resilienz kulturellen Erbes hängt daher unmittelbar mit seiner gesellschaftlichen Relevanz zusammen. An anderer Stelle habe ich diesen Zusammenhang wie folgt beschrieben: »Je größer die gesellschaftliche Relevanz des kulturellen Erbes, desto höher seine Resilienz, unabhängig von den konkreten politischen Rahmenbedingungen und ihrer möglichen Fragilität. Dies bedeutet, dass politische Kulturerbestrategien dann besonders erfolgreich sind, wenn sie auf gesellschaftlicher Relevanz und Akzeptanz des kulturellen Erbes basieren und diese insbesondere durch Bildung, Forschung und breit angelegte gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zu fördern suchen« (Hilgert 2025, 33).

Kulturelles Erbe und gesellschaftliches Selbstverständnis

Dies bedeutet keineswegs eine politische Instrumentalisierung von Kultur. Vielmehr geht es darum anzuerkennen, dass kulturelles Erbe immer auch Teil gesellschaftlicher Selbstbeschreibung ist. Gesellschaften schützen langfristig vor allem jenes kulturelle Erbe, das sie als bedeutsam für ihr eigenes Selbstverständnis wahrnehmen.

Gerade in pluralen und migrationsgeprägten Gesellschaften stellt sich diese Frage mit neuer Dringlichkeit. Eine resiliente Kulturpolitik muss daher kulturelles Erbe stärker als gemeinsamen gesellschaftlichen Aushandlungsraum

verstehen. Schutzwürdigkeit entsteht nicht ausschließlich durch expertokratische Zuschreibung, sondern auch durch gesellschaftliche Teilhabe, Vermittlung und kulturelle Praxis.

Hier berührt sich Kulturgutschutz unmittelbar mit den Debatten um gesellschaftliche Resilienz und zivile Verteidigung. Denn moderne Sicherheitsstrategien gehen zunehmend davon aus, dass die Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften nicht allein von militärischen Fähigkeiten abhängt, sondern ebenso von sozialer Kohäsion, Vertrauen, Informationsresilienz und symbolischer Stabilität. Der Operationsplan Deutschland folgt implizit genau dieser Logik, wenn er kritische Infrastrukturen, staatliche Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Adaptivität zusammendenkt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es folgerichtig, auch kulturelle Infrastrukturen und gesellschaftlich relevante Kulturgüter als Teil kritischer demokratischer Infrastruktur zu begreifen. Museen, Archive, Bibliotheken oder Denkmäler bewahren nicht nur Objekte. Sie stabilisieren Erinnerung, ermöglichen gesellschaftliche Verständigung und schaffen öffentliche Räume demokratischer Selbstvergewisserung.

Kulturpolitische Maßnahmen

Daraus ergeben sich konkrete Konsequenzen für einen zeitgemäßen Kulturgutschutz. Notwendig wären unter anderem:

- systematische Risiko- und Resilienzanalyse kultureller Infrastrukturen,
- stärkere Einbindung kultureller Einrichtungen in Krisen- und Katastrophenschutzstrukturen,
- digitale Sicherungs- und Redundanzstrategien,
- Ausbau der regionalen Notfallverbünde,
- Priorisierung besonders gesellschaftlich relevanter Kulturgüter nach einheitlichen und transparenten Kriterien,
- Schutzkonzepte gegen hybride Bedrohungen und Desinformation
- sowie eine stärkere Verzahnung von Kulturpolitik, Katastrophenschutz und ziviler Verteidigung.

Initiativen wie die vom Autor im Jahr 2021 initiierte Notfallallianz Kultur (<https://www.notfallallianz-kultur.de/>) weisen bereits heute in diese Rich-

tung. Sie verdeutlichen, dass Resilienz im Kulturbereich nicht primär durch Zentralisierung entsteht, sondern durch Kooperation, Dezentralität, Vernetzung und adaptive Handlungsfähigkeit (Hilgert 2026).

Entscheidend ist dabei, Kulturgutschutz nicht defensiv zu verstehen. Es geht nicht allein um Schadensvermeidung oder technische Sicherung. Kulturgutschutz ist vielmehr eine aktive Investition in die demokratische Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Denn Gesellschaften verlieren ihre Stabilität nicht erst dann, wenn ihre Infrastrukturen zerstört werden, sondern häufig bereits dann, wenn gemeinsame Narrative, Erinnerungsräume und symbolische Bezugspunkte erodieren.

Eine Kulturpolitik der Resilienz erkennt deshalb an, dass kulturelles Erbe nicht nur bewahrt, sondern immer wieder gesellschaftlich aktiviert, vermittelt und neu angeeignet werden muss. Die Frage »Welches kulturelle Erbe schützen wir?« ist letztlich untrennbar verbunden mit der Frage, welche Gesellschaft wir sein wollen und welche symbolischen Grundlagen wir für die Zukunft unserer Demokratie erhalten möchten.

Kulturgutschutz wird damit zu einer zentralen Aufgabe demokratischer Vorsorgepolitik. Wer kulturelles Erbe schützt, schützt nicht allein Objekte der Vergangenheit, sondern die kulturellen Voraussetzungen gesellschaftlicher Resilienz in der Zukunft.

Zitierte Literatur

(Hilgert 2023): Markus Hilgert. Wie wollen wir leben? Ein Aufruf zu mehr Resilienz in der Kultur. Politik und Kultur Nr. 07-08/2023.
(Hilgert 2025): Markus Hilgert. Zukünfte kulturellen Erbes. Was macht politische Kulturerbestrategien erfolgreich? In: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur — Kulturstiftung der Länder (Hrsg.). *Die Zukunft des kulturellen Erbes: Strategien und Konzepte aus Politik und Praxis*. Deutscher Kunstverlag (DKV) (2025), 30–33.
(Hilgert 2026): Markus Hilgert. Kulturpolitik der Resilienz. Plädoyer für einen programmatischen Aufbruch. In: Kulturpolitische Mitteilungen 192 (1/2026), 54–58. ■